

# Neue Nähe

**Gemeinsame Risikoerfahrung kann Solidarität und Fortschrittswillen mobilisieren, das zeigt auch ein Blick in die Vergangenheit**

VON STEFFEN MAU

**O**b die Corona-Krise uns zusammenrücken lässt oder Egoismen schürt, können wir nicht sicher wissen. Neue Nachbarschaftsnetze und freie Angebote im Netz sprechen für das eine, Hamsterkäufe, nationale Alleingänge und die europäische Abschottung eher für das andere. Und doch schlummert in der Krise ein verändertes Verhältnis zueinander.

Allem „Social Distancing“ zum Trotz mag es sein, dass wir einander näher rücken, wobei wir das „Distant Socializing“ erst noch einüben müssen. Sozial gesehen ist die Krise ein gesellschaftlicher Erfahrungsschock, der uns vor Augen führt, wie verwundbar und zugleich wie abhängig wir voneinander sind. Nun spürt jeder und jede, wie das eigene Schicksal mit dem aller zusammenwirkt.

Vorgänge der Neubewertung sozialer Verbundenheit haben historisch gesehen wesentliche Wandlungsprozesse ange-regt. Die ganze Idee des Interventionsstaates, der für die soziale Sicherheit der Bürger Sorge trägt, geht auf krisenbedingte Veränderungen gesellschaftlicher Zusammenhangswahrnehmung zurück. So war es im Zeitalter der industriellen Revolution der physische und soziale Raubbau an der Arbeiterklasse, welcher die Industrialisierung selbst gefährdete. Die Entdeckung statistischer Muster bei Arbeitsunfällen brachte die Vorstellung ins Wanken, einzelne Arbeiter hätten sich fehlerhaft verhalten. Das Risiko, in eine Maschine zu geraten, war sozial gemacht, nicht individuell verschuldet. Ein System der Fabrikinspektoren wurde eingeführt, um die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszeiten staatlich zu überwachen, die Unfallversicherung kollektiviert die Risiken.

Für die Sozialreformer des 19. Jahrhunderts waren es zudem übertragbare Krankheiten, die staatliche Intervention erforderten. Die rasche Urbanisierung und die Konzentration der Menschen in den Arbeiter-vierteln Liverpools und Manchesters schufen neuartige Probleme – feuchte Wohnungen, schlechte Wasserversorgung, kaum ausgebaute Kanalisation, soziale Enge. Cholera, Typhus und Tuberkulose gefährdeten nicht nur die Gesundheit in den Elendsquartieren, sondern drangen auch in die besseren Viertel vor. Der vom Sozialreformer Edwin Chadwick 1842 vorgelegte „Bericht über den hygienischen Zustand der Arbeiterbevölkerung von Großbritannien“ gilt als Meilenstein gesellschaftlicher Selbstaufklärung. Es entstand eine Sanitärreformbewegung, die Gesundheit zur dauerhaften öffentlichen Angelegenheit machte.

**Auch für Covid-19 kann man sagen: Jede kann es treffen, jeder ist verletzlich**

Diese Geschichte eines sich verändernden Risikobewusstseins lässt sich weiter-zählen: Richard Titmuss, einer der einfluss-reichsten Vordenker britischer Sozialpoli-tik im 20. Jahrhundert, popularisierte die These, dass erst der Zweite Weltkrieg einen kollektiven Geist entstehen ließ, den es brauchte, um den Ausbau des Wohl-fahrtsstaates weiter voranzutreiben. Er sah das Kriegerleben als Vorbedingung für die Schaffung eines öffentlichen Gesun-dheitssystems in der Nachkriegszeit an. Das Miteinander der unterschiedli-chen Klassen in den Luftschutzbunkern schuf eine bis dato unbekannte Zusam-menhangserfahrung. Es entstand ein Be-wusstsein für die Notwendigkeit wechselseitiger Hilfe über Landesgrenzen hin-weg. Der Bauplan des britischen Gesund-heitsdienstes NHS orientierte sich dann an

für ein liberales Land geradezu ungewöhn-lichen – manche sagen sogar: sozialisti-schen – Prinzipien: universelle steuerfin-anzierte Leistungen, inklusiv für alle Bür-ger. Darin ähnelte Großbritannien eher dem DDR-Gesundheitssystem als dem bundesdeutschen beitragsfinanzierten Krankenkassenmodell.

Hier wie da geht es um soziale Ver-wobenheit, das Aufeinander-angewiesen-Sein. Dies ist ein Gegenmodell zur Do-it-yourself-Ideologie privater Vorsorge. Zwei-felsohne gibt es unterschiedliche Vulnerabilitäten über gesellschaftliche Gruppen hinweg, aber auch für Covid-19 kann man sagen: Jede kann es treffen, jeder ist verletzlich. Wenn die gemeinsame Risikoerfahrung gesellschaftliche Solidari-tät mobilisieren kann, dann auch deshalb, weil sie ein anderes Verständnis für unver-schuldete Existenzkrisen und gesundheit-liche Risiken mit sich bringt.

**Auch der Blick auf die Daseinsvorsorge des Staates wird sich verändern**

Verändern wird sich unser Blick auf die Daseinsvorsorge des Staates. Lange stand er in der Kritik, eher zu viel als zu wenig zu tun, Ressourcen zu binden, für die der Einzelne selbst bessere Verwendung fände. Der fette Staat wurde abgehungert, der schlanke zum Schönheitsideal. Vielerorts trieb man die Ökonomisierung voran, bau-te Personal ab, verdichtete das Arbeitspen-sum. Die Durchleuchtung aller öffentli-chen Einrichtungen auf der Suche nach Einsparreserven hat dazu geführt, dass nur noch Dinge finanziert werden, die sich „rechnen“. Aber mit der betriebswirtschaft-lichen Brille kann ein vorgehaltenes, aber wenig genutztes Intensivbett kaum rentabel sein. Schon heute klingt das Wort „Überkapazitäten“ so ganz anders als noch vor ein paar Wochen, das Lamento über die „überhöhte Bettendichte“ des deutschen Gesundheitssystems wird wohl so schnell nicht wieder aufleben. Vielleicht vermag die aktuelle Krise auch der Idee einer leis-tungsfähigen öffentlichen Hand ein Mehr an Zuspruch verschaffen.

Damit ist es nicht getan: Aus der doppel-ten Verbindung zueinander – als Perso-nen, die abhängige Teile eines großen Gan-zen sind, und als Personen, deren Handlun-gen auf das Ganze zurückwirken – kann ein Gefühl von Wechselseitigkeit entste-hen. Trotz aller Ansprüche auf Autonomie kann der oder die Einzelne diesem Zusammenhang kaum entfliehen. Émile Durkheim, einer der Gründungsväter der Soziologie, hat ein ganzes Theoriegebäude auf dieser Erkenntnis aufgebaut. In arbeitsteiligen Gesellschaften mit individu-alisierter Kultur brauche es ein Interdepen-denzbewusstsein, um zur Solidarität zu kommen. Aus der gefühlten und erlebten Abhängigkeit entstünde ein soziales Band, bei Durkheim die „organische Solidarität“. Diese sei eine „Verbindungskraft“ zwi-schen eigentlich doch Unterschiedlichen.

In dieser Krise sind alle geradezu ge-zwungen, sich in einer Gemeinschaft zu verorten, deren Normalität prekär gewor-den ist. Gerade deshalb sind wir dazu auf-gefordert, dem Zusammenleben eine Be-stimmung und eine Form zu geben, es neu auszubuchstabieren. Klug sind jene Gesell-schaften, die mit Innovationen reagieren, also der Fähigkeit, außerhalb von Routi-nen institutionelle Lösungen für neue Pro-bleme zu entwickeln. Diese Lernprozesse zu organisieren, wird wohl etwas, das uns noch lange beschäftigen wird.

Steffen Mau ist Professor für Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.